

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (Hrsg.)

Jürgen Rüttgers

MEHR DEMOKRATIE IN EUROPA

DIE WAHRHEIT ÜBER EUROPAS ZUKUNFT

Tectum

Jürgen Rüttgers

Mehr
Demokratie
in Europa

Jürgen Rüttgers

Mehr Demokratie in Europa

Die Wahrheit über
Europas Zukunft

Tectum Verlag

Herausgegeben von
Bonner Akademie für Forschung und Lehre
praktischer Politik (BAPP) GmbH

Jürgen Rüttgers

Mehr Demokratie in Europa.

Die Wahrheit über Europas Zukunft

© Tectum Verlag Marburg, 2016

ISBN: 978-3-8288-6595-2

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch unter
der ISBN 978-3-8288-3806-2 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildung: photocase.com © kemai (bearbeitet)

Umschlaggestaltung, Satz, Layout:

Norman Rinkenberger | Tectum Verlag

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

**Bibliografische Informationen
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

I. Der Untergang Europas findet auf Weiteres nicht statt	7
II. Die Folgen der Europäischen Revolution von 1989/90	17
Die Trennung von Staat und Nation	21
Legitimierung durch Demokratie	24
III. Wer ist das Volk?	27
Das Volk ist der Souverän	33
Das deutsche Volk will Europa	38
Jeder Deutsche ist gleichzeitig europäischer Bürger	41
IV. Europa ist ein Staat	45
Europa ist genauso demokratisch wie seine Mitgliedsstaaten	49
Was ist ein Staat?	53

V. Die Nation in Europa	63
Staat und Nation sind keine Einheit	67
Wer ist die Nation?	70
Staaten brauchen Werte	74
Nationen müssen offen sein	76
Gibt es überhaupt Nationalstaaten in Europa?	80
Europa und Nationen sind keine Gegensätze	82
Die Zukunft Europas	85
»Nation – ja, Nationalstaat – nein«	88
Europa sichert das Überleben der Nationen	93
VI. Wer ist Europa?	95
Schriftenverzeichnis	99
Zum Autor und Dank	105
Anmerkungen	109

I. Der Untergang Europas findet auf Weiteres nicht statt

Obwohl die Briten mit Mehrheit für den Austritt aus der Europäischen Union (EU) gestimmt haben, die britische Boulevardpresse das Ende Europas beschworen hat und manch deutscher Kommentator sich freudig in die Beschreibung der neuen Europa-krise gestürzt hat, ist »die Sonne dennoch wieder aufgegangen«, wie Bundestagspräsident Norbert Lammert im Deutschen Bundestag festgestellt hat.

Eilfertig hatten Politiker in Europa nach dem Sieg der Europagegner eine Grundsanierung Europas, eine Neugründung, einen Kurswechsel, gar eine Revision der europäischen Verfassungsverträge gefordert. In Wirklichkeit gab es weder auf der Insel noch auf dem Festland einen Plan, wie denn ein solcher Austritt durchzuführen sei. Der Verursacher der Volksabstim-

mung David Cameron gab in schöner Offenheit im Unterhaus zu, erst einmal ohne zeitlichen Druck die Sachlage klären zu wollen. Er selbst wolle dann im Herbst zurücktreten, damit seine Partei bis dahin einen neuen Premierminister finden könne.

Auch die Gewinner des Brexit-Lagers sind uneins. Die vom inzwischen zurückgetretenen Nigel Farage gegründete Ukip will strenge Kontrollen der Zuwanderung und wirtschaftliche Abschottung. Der ehemalige Mayor of London Boris Johnson, der seinen alten Gegner Cameron stürzen wollte, versprach nach einem Wochenende in seinem Landhaus, dass sich nichts Wesentliches ändern werde. Alles bleibe wie zuvor, niemand müsse sich Sorgen machen, um dann zu erklären, dass er der falsche Mann für das Amt des Premierministers sei.

Übrig bleibt ein Großbritannien, das gespalten ist: In arm und reich, links und rechts, jung und alt, in Schottland, Gibraltar, Nord-Irland und London sowie Klein-England und Wales.

So viel ist klar: Der Austritt Großbritanniens führt nicht zu mehr Souveränität Großbritanniens. Kein Land Europas verfügt nämlich heute noch über die volle staatliche Souveränität. Jeder Staat ist Teil eines transnationalen Netzwerkes. Manche haben durch viel

zu hohe Schulden ihre Souveränität an die Finanzmärkte abgegeben. Die Bundesrepublik Deutschland war schon nach dem 2. Weltkrieg wegen der Vorbehaltsrechte der alliierten Siegermächte nur teilsouverän. Kein westliches Land kann heute wirtschaftlich ohne andere Länder auskommen, schon gar nicht Großbritannien mit seinem internationalen Finanzzentrum in London.

Aber nicht nur Großbritannien ist gespalten. Auch die 27 verbleibenden Mitglieder der Europäischen Union finden keine einheitliche Grundhaltung, wie es in der Europäischen Union weitergehen soll. Dafür gibt es drei Gründe:

Viele Menschen haben Angst und sind zornig angesichts der scheinbar ununterbrochenen Abfolge immer neuer Krisen: Weltfinanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise, Flüchtlingskrise. Und jetzt kommen noch neue große Herausforderungen auf Europa zu: Globalisierung, Digitalisierung, Wissensgesellschaft, Integration der Flüchtlinge.

Viele Unionsbürger fühlen sich angesichts dieser Veränderungen überfordert. Sie suchen ihr Heil in der Vergangenheit, der guten alten Zeit. Sie wollen sich den Zumutungen der Moderne nicht stellen. Überall in Europa versprechen Nationalisten und Globali-

sierungskritiker, der Weg zurück sei möglich. In der Geschichte der Völker gibt es aber keinen Weg zurück – unabhängig davon, dass die gute alte Zeit so gut auch nicht war: 2 Weltkriege, 60 Millionen Tote, Rassismus, Antisemitismus, Bürgerkriege, Eiserner Vorhang, Hunger, Wohnungsnot, Flüchtlinge und Vertriebene, Diktaturen in Mittel-, Süd- und Osteuropa.

Die Neue Züricher Zeitung weist mit Recht darauf hin, dass Europa mit Nationalismus und Provinzialismus angesichts solcher Herausforderungen nicht weit kommen werde. Auch noch so facettenreiche Abgesänge auf das Vereinte Europa helfen nicht weiter.

Dabei hat die Europäische Union eine demokratische Legitimation. Das europäische Volk hat mit der Europawahl von 1994, die neuen Mitgliedsländer durch ihren Beitritt die EU legitimiert. Durch den Einigungsvertrag, der am 3. Oktober 1990 in Kraft trat, und den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Bundesrepublik Deutschland trat auch das geänderte Grundgesetz und seine Präambel in ganz Deutschland in Kraft. Die Mitgliedschaft Deutschlands »als Glied in einem Vereinten Europa« ist mithin vom ganzen deutschen Volk verfassungsrechtlich legitimiert und mit der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 bestätigt.

Das große Europa der 28 Mitgliedstaaten war die Folge der Großen Europäischen Freiheitsrevolution, die am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands und Europas führte. Ursprünglich sollte vor dieser friedlichen Wiedervereinigung eine Überarbeitung der europäischen Vertragsgrundlagen erfolgen. Vertiefung vor Erweiterung, hieß das Motto. Schnell stellte sich aber heraus, dass angesichts der Instabilität der östlichen Nachbarstaaten keine Zeit für eine große Reform der Europäischen Verträge bestand. Großbritannien unter Margaret Thatcher und Frankreich unter François Mitterrand hatten zudem Angst, dass im Herzen Europas mit dem wiedervereinigten Deutschland ein Hegemon entstehen würde, der seinen neuen Platz inmitten der Gemeinschaft der freien Völker des Westens irgendwann auch wieder verlassen könnte. Sie hatten Angst vor einem neuen deutschen Sonderweg. Um einen solchen neuen Sonderweg zu verhindern, wurde mit dem ‚Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‘ (Zwei-plus-Vier-Vertrag) eine friedensvertragsähnliche Regelung für die völkerrechtlichen Fragen und mit der Einführung des Euro eine ökonomische Klammer für den gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen. Auch die Erweiterungen der Nato um die Staaten Mittel- und Osteuropas war dem Sicherheitsbedürfnis der neuen EU-Mitglieder geschuldet. Beide Vertragswerke soll-